

<b>A-07</b>	<b>Wahlaltergrenzen abschaffen!</b>
	AntragstellerInnen: GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz, GRÜNE JUGEND Brandenburg, GRÜNE JUGEND Niedersachsen, Kathrin Henneberger (Sprecherin GRÜNE JUGEND Bundesvorstand), Verena Schäffer (Sprecherin GRÜNE JUGEND Nordrhein-Westfalen), Alexandra Werwath (Sprecherin GRÜNE JUGEND Bremen), Johannes Hauser (Sprecher GRÜNE JUGEND Sachsen)

Die GRÜNE JUGEND spricht sich für eine Aufhebung der Altersgrenzen beim Wahlrecht aus. Wir empfinden Wahlaltergrenzen als willkürlich und fordern für alle Menschen unter 18 Jahren, die von ihrem Grundrecht zu wählen Gebrauch machen wollen, ein, dass sie von ihrem WahlRECHT auch Gebrauch machen können.

Die GRÜNE JUGEND unterstützt in der Umsetzung das von Mike Weimann (Aktiv bei K.R.Ä.T.Z.Ä., die KinderRÄchTsZÄnker) vorgestellte Konzept zur Aufhebung des Wahlalters. Jeder Mensch, der sich entscheidet wählen zu wollen, kann bei einer Behörde einen Antrag auf die Ausübung des Wahlrechts stellen. Ab diesem Zeitpunkt erhält sie/er nun eine Wahlbenachrichtigung zugeschickt und darf wählen.

Wir halten folgende Punkte fest, die für eine Abschaffung der Wahlaltergrenzen sprechen:

Das Wahlrecht ist nach Artikel 21 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und nach Artikel 25 des internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ein demokratisch legitimes Menschenrecht. In Deutschland wird aber einer sehr großen Minderheit, die ihre ganz eigenen spezifischen Interessen hat, das Wahlrecht vorenthalten – 13% Prozent unserer Gesellschaft sind Kinder und Jugendliche.

Das Wahlrecht wird in Deutschland de facto nicht an eine politische Reife gekoppelt. Viele Menschen, die bereits über ein Wahlrecht verfügen, glauben von Politik keine Ahnung zu haben und nehmen ihr Wahlrecht nicht wahr. Die Wahlreife lässt sich also nicht an Alterskriterien messen. Unter 18-jährige, die interessiert an Politik sind und sich ausreichend informieren, werden kategorisch von der Wahl ausgeschlossen. Die Gefahr bei solch einem System besteht gerade darin, dass Kinder und Jugendliche, die politisiert sind aber nicht wählen können, eine Systemverdrossenheit gegenüber der Demokratie entwickeln, da sie das berechtigte Gefühl haben, sie hätten sowieso keine Entscheidungsmacht und Politik würde von den Alten gemacht.

Österreich ist das erste Land, welches das Wahlalter bei nationalen Parlamentswahlen auf 16 Jahre gesenkt hat. Diese Wahlaltersenkung wurde nach der letzten Nationalratswahl kritisiert, da viele junge Menschen rechte Parteien gewählt hatten. In unseren Augen ist das kein Problem einer Wahlaltersenkung. Jugendliche wählen nicht per se extremistische Parteien. Dieses Wahlverhalten ist auf eine Fülle von Problemen zurück zu führen. Gerade rechte Parteien fokussieren ihren

Wahlkampf auf jüngere WählerInnengruppen. In Deutschland wirbt die NPD mit ihrer Schulhof-CD und suggeriert, dass sie die einzige Partei sei, die die Anliegen von jungen Menschen ernst nähme. Die politische Bildung in den Klassenzimmern kommt viel zu kurz. Wenn Kinder und Jugendliche von Anfang an in einer demokratischen Schule an unser politisches System herangeführt werden und selber an ihrem Lebensumfeld partizipieren können, werden sie auch nicht einfach so der Propaganda von rechten Parteien folgen. Wenn das Wahlalter abgeschafft werden würde, müssten sich automatisch auch die anderen Parteien wieder Jugendlichen zuwenden und deren Interessen vertreten. Jugendliche verfügen über keine politische Lobby, viel zu oft wird über sie anstatt mit ihnen geredet, die Abschaffung des Wahlalters wäre deshalb auch eine erhebliche demokratische Errungenschaft für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Dies würde unserem Ansatz der Selbstbestimmtheit entsprechen und junge Menschen früher mit ihren demokratischen Rechten vertraut machen.

Im Jahre 2007 veröffentlichte das überkonfessionelle Kinderhilfswerk World Vision (1) die erste empirisch repräsentative Kinderstudie, die u. a. von Prof. Dr. Klaus Hurrelmann und Prof. Dr. Sabine Andresen geleitet wurde. Die Studie stellt eindeutig fest, dass Kinder politische und gesellschaftliche Fragen über das Elternhaus, die Medien und ihr sonstiges Umfeld wahrnehmen und auch eigene Positionen zu politischen Fragen beziehen. In einem Fazit nennen die HerausgeberInnen der Studie auch eine Wahlberechtigung für Kinder als eine Möglichkeit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Vertretung der eigenen Interessen wahrzunehmen.

Einige BefürworterInnen der Wahlaltersenkung sind für eine Senkung auf 16 Jahre oder dafür, dass Eltern quasi stellvertretend für ihre Kinder wählen können. Das StellvertreterInnenwahlrecht, oder auch Familienwahlrecht, ist absolut inakzeptabel. Die GRÜNE JUGEND will, dass Kinder selber wählen gehen und eben nicht, dass andere für sie dieses demokratische Grundrecht ausüben. Eltern haben oftmals andere politische Meinungen als ihre Kinder und durch das Familienwahlrecht würden sie einen höheren Machteinfluss auf die Kinder haben, als wenn diese am Ende selber das Kreuz in der Wahlkabine machen können. Zudem ist eine Stimmenübertragung auf andere Personen grundgesetzwidrig und demokratiethoretisch mehr als fragwürdig, da hierdurch das Prinzip „Ein Kopf, eine Stimme“ über Bord geworfen wird.

Die GRÜNE JUGEND unterstützt alle Bestrebungen zur Wahlaltersenkung, auch wenn diese nur zu Wahlalter 16 oder 14 führen. Grundsätzlich sind wir jedoch gegen ein Wahlalter 16 oder 14, da ja gerade das Alter keine Rolle mehr spielen soll. Auch solche Altersgrenzen sind willkürlich. Argumentationen, die zum Wahlalter 16 führen, können genauso gut für die Wahlgrenze ab 15 Jahren, 12 Jahren oder eben ab Null Jahren vorgebracht werden. Eine Wahlaltersenkung bedeutet eine quantitative Veränderung, als GRÜNE JUGEND sind wir aber für eine qualitative Veränderung unseres Wahlsystems.

Das Wahlalter Null verspricht, viele positive Effekte auf unsere Gesellschaft zu haben und wäre ein wichtiger Schritt zu einer wahrhaft demokratischen und emanzipierten Form der Demokratie. Alle Menschen müssen die gleichen unveräußerlichen Grundrechte haben und gerade Kinder brauchen ein Wahlrecht, um ihre Interessen in einer alternierenden Gesellschaft kenntlich machen zu können.

Die Mitbestimmung von jungen Menschen ist eine Bereicherung für jede Gesellschaft.

Quelle: (1) World Vision Kinderstudie, AutorInnen: Klaus Hurrelmann, Sabine Andresen, Fischer Verlag Frankfurt, 2007